

Unternehmerinnen-Umfrage zu Energiepreisen

Berlin, 6. Oktober 2022

Steigende Energiekosten führen zu massiver Belastung und Investitionsstopp in den Betrieben

Die Ausgestaltung der Gas- und Strompreisbremse und die Finanzierung der geplanten Entlastungen müssen schnellstmöglich von Bund und Ländern geklärt werden. Denn die rasant gestiegenen Mehrkosten aufgrund der Energiekrise bringen immer mehr Unternehmerinnen in existenzielle Bedrängnis.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise in Europa stellen die Unternehmerinnen des VdU vor massiven Herausforderungen. 39 % der Befragten gaben an, von den steigenden Energiekosten betroffen zu sein, weitere 21 % sogar stark betroffen. Dies spiegelt sich bereits in diesem Jahr in den extremen Mehrkosten wider: Jede fünfte Unternehmerin des VdU rechnet in ihrem Betrieb mit mehr als doppelt so hohen Energie- und Stromkosten für 2022, rund ein Viertel geht von Mehrkosten von 50 bis 100 % im Vergleich zum Vorjahr aus.

Die Folgen der Energiekrise und der steigenden Preise führen zu einer starken Verunsicherung im Land – sowohl in der Wirtschaft als auch bei den Privathaushalten. Das Resultat zeigt sich in den frauengeführten Unternehmen massiv: Eine sinkende Nachfrage nach Produkten oder Dienstleistungen (53 %) und Auftragsstornierungen durch Kund*innen (27 %) auf der einen Seite, der Rückgang des Eigenkapitals (41 %), Liquiditätsengpässe (28 %) und fehlende Rohstoffe (29 %) auf der anderen Seite.

Dies bedroht die Existenz vieler Unternehmen in substanzieller Weise. Der VdU befürwortet daher grundsätzlich die angekündigten Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung und die Abkehr von der Gasumlage, welche die KMU in weitere finanzielle Bedrängnis gebracht hätte. In der aktuellen Situation ist für die Unternehmerinnen Planungssicherheit für die kommenden Monate von zentraler Bedeutung. Die Ausgestaltung der Gas- und Strompreisbremse und die Finanzierung der geplanten Entlastungen müssen daher zeitnah geklärt werden. „Dass die Beratungen des Bundes mit den Ländern am Dienstag ergebnislos verliefen, ist enttäuschend und lässt uns Unternehmerinnen und unsere Mitarbeitenden verunsichert zurück“, so VdU-Präsidentin Jasmin Arbabian-Vogel.

Die Unternehmerinnen favorisieren Energiepreissenkungen durch eine stabile Energieversorgung, anstatt ausschließlich auf staatliche Markteingriffe zu hoffen: Drei von vier Unternehmerinnen sehen im Ausbau von erneuerbaren Energien (75 %), gefolgt von einer verlängerten Laufzeit der Atomkraftwerke (63 %) die wichtigsten Maßnahmen, um mittelfristig die Energiekosten in den Griff zu bekommen. Staatliche Marktregulierungen wie eine Senkung der Energiesteuern auf EU-Niveau werden von 61 % der Befragten befürwortet, ein Gaspreisdeckel von 60 %. Auch die kontrovers diskutierte Übergewinnsteuer für Öl-, Gas- und Kohlekonzerne wird von 60 % der Unternehmerinnen als positiv bewertet.

Im Umgang mit den gestiegenen Kosten greifen die Unternehmerinnen in ihren Betrieben bereits zu umfangreichen Maßnahmen: Dabei ist eine drastische Reduktion des Energieverbrauchs das erste Mittel der Wahl. Mehr als 9 von 10 befragten Unternehmerinnen haben Energieeffizienz und

-sparmaßnahmen bereits umgesetzt (47 %) oder planen dies (44 %). Die hohen Energiekosten sind vor allem aber auch ein Investitionshemmnis: Ein Viertel der Unternehmerinnen hat geplante Investitionen in den Betrieben bereits verschoben, weitere 30 Prozent haben dies vor. 10 % haben ihre Produktion zum jetzigen Zeitpunkt schon runtergefahren, bzw. den Geschäftsbetrieb geschlossen oder planen dies. Die Verlagerung großer Teile der Produktion oder des Geschäftsbetriebs ins Ausland haben 8 % vorgenommen bzw. in Planung. Eine weitere Maßnahme ist die Weitergabe der Preiserhöhungen an die Kund*innen. Diesen Schritt haben 41 % der VdU-Unternehmerinnen in Planung, während weitere 37 % es bereits getan haben.

Über die VdU-Umfrage

Regelmäßig befragt der VdU rund 1.800 Unternehmerinnen online zu aktuellen Themen. Im Befragungszeitraum vom 21. September bis zum 04. Oktober 2022 haben 200 Unternehmerinnen geantwortet. Die Ergebnisse der Umfrage sind auf den folgenden Seiten zusammengefasst.

Die Unternehmerinnen, die sich an der Umfrage beteiligten, sind in folgenden Branchen tätig: Beratung (25 %), sonstige Dienstleistungen (21 %), Industrie (18 %), Handel (14 %), IT (7 %), Baugewerbe (5 %), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (4 %), Gesundheitswirtschaft (3 %), Gastgewerbe und Kultur- und Kreativwirtschaft (jeweils 2 %), sowie Verkehr und Lagerei und Tourismuswirtschaft (jeweils 1 %).

Die Unternehmensgrößen verteilen sich wie folgt: Soloselbstständige (6 %), 1 - 5 Beschäftigte (31 %), 6 - 20 Beschäftigte (28 %), 21 - 100 Beschäftigte (26 %), 101-250 Beschäftigte (6 %), mehr als 250 Beschäftigte (5 %).

Über den VdU

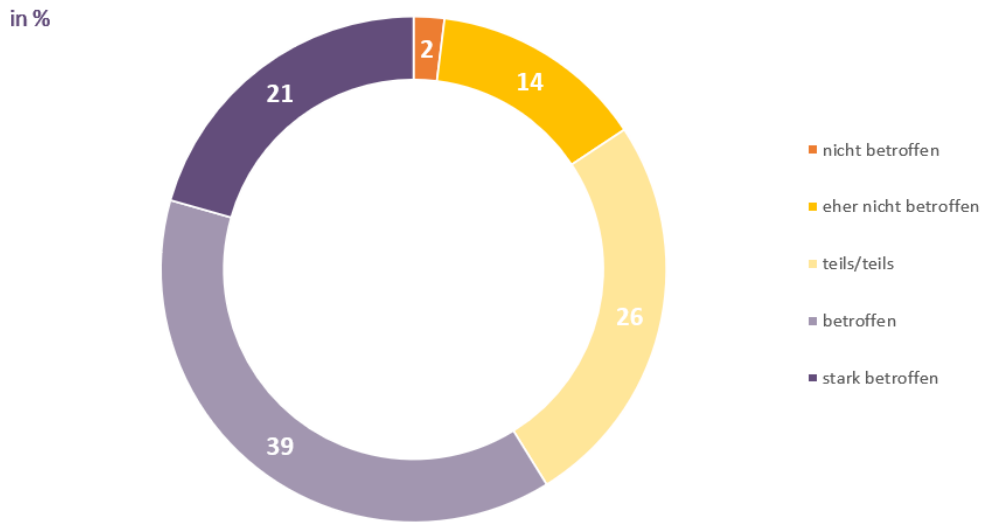
Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.800 Unternehmerinnen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 85 Milliarden EUR und beschäftigen über 500.000 Mitarbeiter*innen in Deutschland. Seit über 65 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet.

Kontakt

Anke Janetzki, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU),
Tel.: 030 200 59 19 12; E-Mail: anke.janetzki@vdu.de, www.vdu.de

Steigende Energiekosten belasten KMU teilweise stark

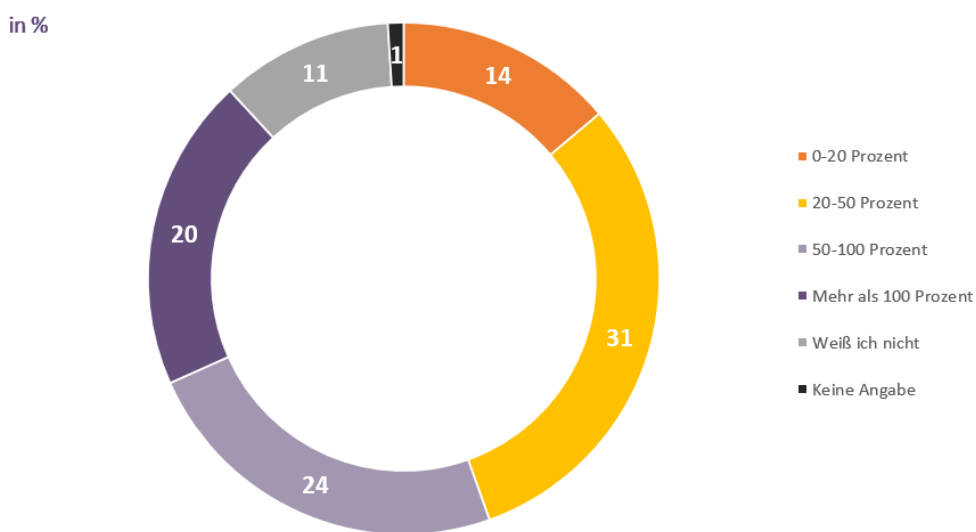
Wie stark ist Ihr Unternehmen von den steigenden Energiekosten betroffen?



n = 200

Ein Fünftel der frauengeführten KMU erwartet mehr als 100 % Mehrkosten für Energie und Strom im Vergleich zum Vorjahr

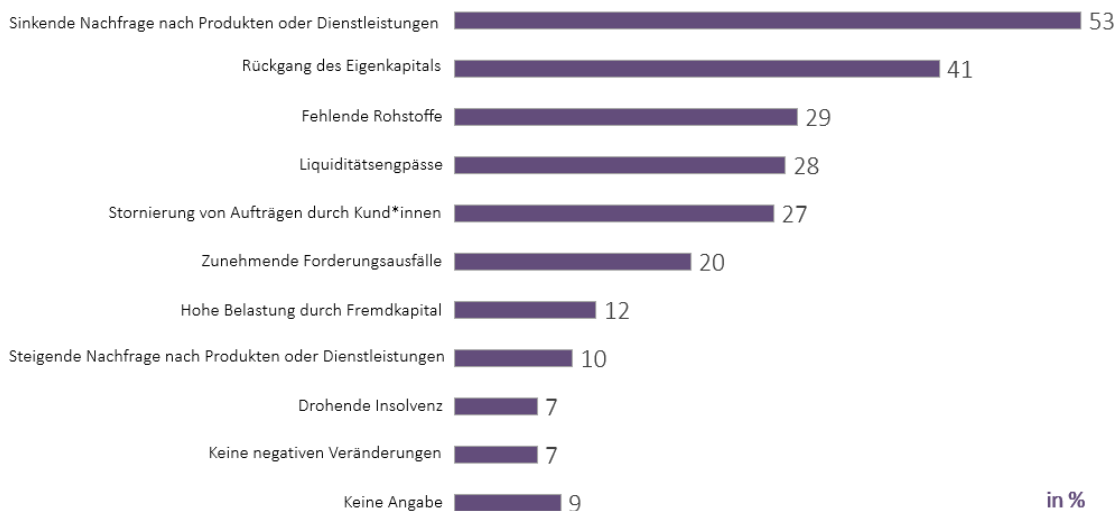
Wie hoch schätzen Sie die Mehrkosten für Energie und Strom für Ihren Betrieb in 2022 im Vergleich zum Vorjahr ein?



n = 200

Sinkende Nachfrage und Rückgang des Eigenkapitals sind die größten Belastungen

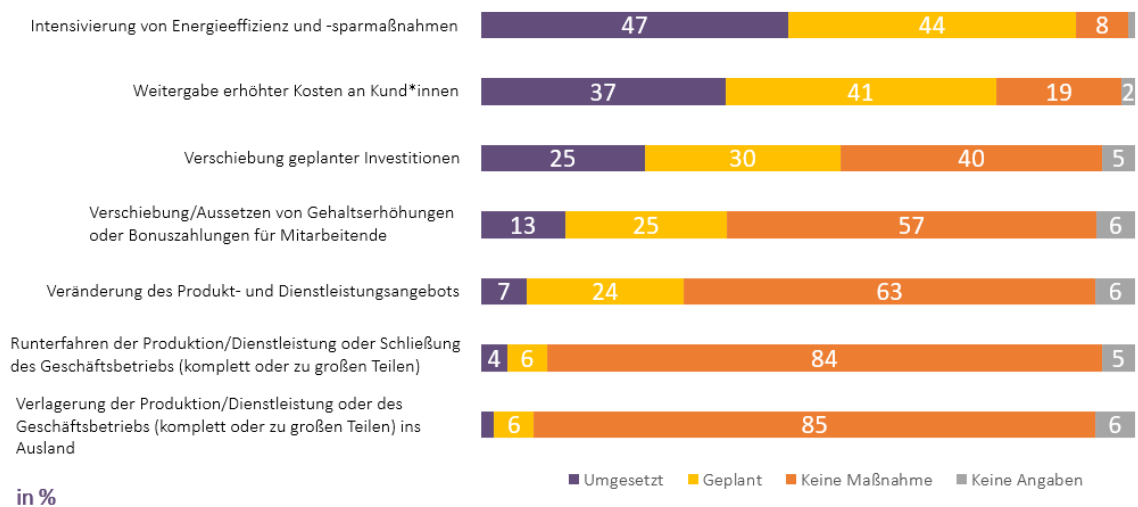
Wie wirken sich die steigenden Preise für Energie, Strom, Rohstoffe und Vorprodukte aktuell in Ihrem Unternehmen aus? Bitte kreuzen sie alle für Ihr Unternehmen zutreffenden Punkte an.



n = 200

Unternehmerinnen reagieren mit intensiven Energieeinsparungen, Weitergabe erhöhter Kosten an Kund*innen und Investitionsstopp

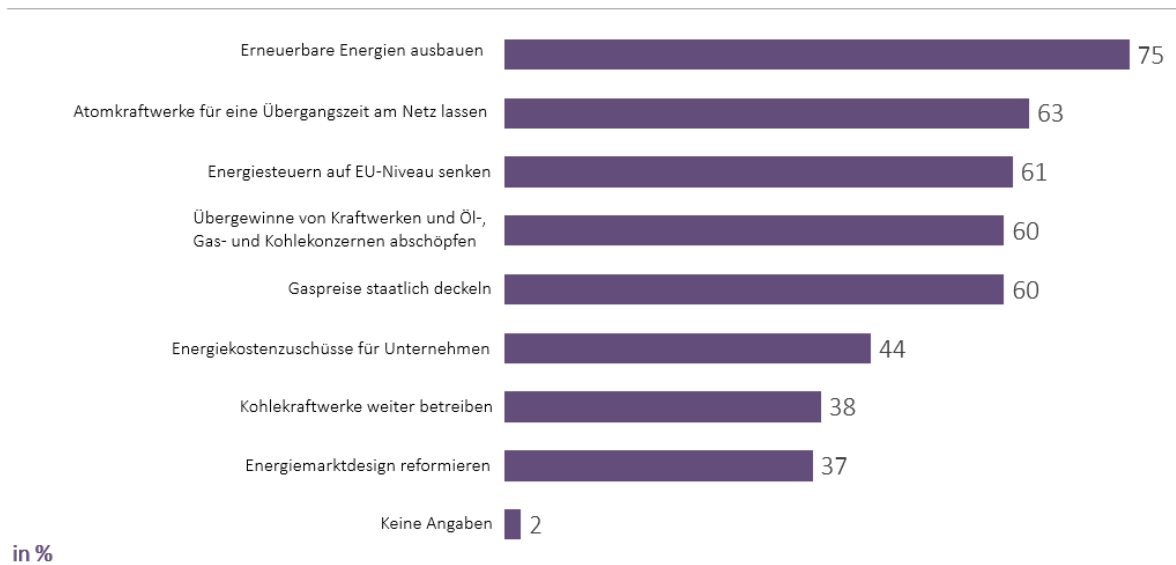
Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um mit den gestiegenen Kosten für Energie, Strom, Rohstoffe und Vorprodukte in Ihrem Unternehmen umzugehen?



n = 200

Forderungen an die Bundesregierung: Stabilisierung der Energieversorgung durch Ausbau der erneuerbaren Energien und Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke

Welche Maßnahmen sollte die Bundesregierung zur Senkung der Energiepreise ergreifen?



in %

n = 200